

Antrag 255/II/2019**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Unser Beitrag für mehr Klimaschutz – mehr öffentlicher Nahverkehr für mehr Menschen!**

1 Der ÖPNV in Berlin und Brandenburg muss massiv ausge-
 2 baut werden sowie auf die Teile der benachbarten Bun-
 3 desländer ausgedehnt werden, für die Berlin eine Metro-
 4 polenfunktion wahrnimmt.

5
 6 Daher wird die Berliner SPD die „Zukunft des ÖPNV
 7 als Rückgrat des Umweltverbundes“ als innerparteiliches
 8 Schwerpunktthema bearbeiten. In diesem Rahmen wer-
 9 den systematisch die ÖPNV-Erfahrungen und Zukunftser-
 10 wartungen in den Gliederungen der Partei aufgenommen,
 11 in öffentlichen Veranstaltungen diskutiert und in ein Ber-
 12 liner ÖPNV-Gesamtkonzept überführt.

13

14 Begründung

15 Berlin muss seinen Beitrag leisten zum Klimaschutz. Ein
 16 wesentlicher Teil ist dabei die Förderung des ÖPNV und
 17 die Verkehrswende. Um dies zu fördern hat die SPD Ber-
 18 lin auf ihrem Landesparteitag im November 2018 bereits
 19 die Einführung eines 365-Euro-Tickets im Geltungsbereich
 20 des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) gefor-
 21 dert.

22

23 Die SPD muss dieses auch in der Öffentlichkeit deutlich
 24 machen mit Hilfe einer Kampagne. Diese sollte zu einem
 25 Volksentscheid führen, wenn der Berliner Senat und die
 26 Landesregierung Brandenburgs nicht zügig selbst für ei-
 27 ne Ausweitung des ÖPNV und ein attraktives Fahrpreisan-
 28 gebot von BVG und VBB für alle Berliner*innen und Bran-
 29 denburger*innen sorgen. Dabei ist auf eine enge Abstim-
 30 mung innerhalb des VBB zu achten und ggf. eine schritt-
 31 weise Einführung eines 365-Euro-Tickets in verschiedenen
 32 Gebieten zu überlegen.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der ÖPNV in Berlin und Brandenburg muss massiv ausge-
 baut werden sowie auf die Teile der benachbarten Bun-
 desländer ausgedehnt werden, für die Berlin eine Metro-
 polenfunktion wahrnimmt.

**LPT II/2019: Überwiesen an FA XI - Mobilität -
Stellungnahme FA XI - Mobilität: Ablehnung.**

Dem öffentlichen Nahverkehr wird im Koalitionsvertrag
 2016 – 2021 eine entsprechende wichtige Rolle einge-
 räumt, auch für die Metropolregion. Die Verkehrswende
 und mehr Mobilität mit weniger Verkehr ist seit Jahren
 Schwerpunktthema des Fachausschusses XI Mobilität, der
 ein Gremium des Landesvorstands ist. Es gibt seit 2015 das
 Positionspapier „Berlin – Mobilität 2030 plus“ des Fach-
 ausschusses, welches die Verkehrswende hin zu nachhal-
 tiger Mobilität und den Ausbau des ÖPNV in den Mittel-
 punkt stellt, um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in
 der Region zu verbessern. Viel davon konnte in den aktu-
 ellen Koalitionsvertrag hineinverhandelt werden. 2016 hat
 der Fachausschuss auch ein Positionspapier zum Ausbau
 des Straßenbahnnetzes vorgelegt. Beide Papiere sind auf
 der Internetseite des Fachausschusses einzusehen.
 Außerdem gibt es die Vereinbarung „i2030“ zwischen den
 Ländern Berlin und Brandenburg sowie der DB AG zum
 umfassenden Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs.
 Es fehlt nicht an der Erkenntnis, sondern leider an der Um-
 setzung, bei der es nicht vorangeht. Hier muss die Legisla-
 tive Druck auf die Exekutive ausüben. Das Problem ist be-
 kannt und muss durch die Exekutive gelöst werden.